



Günter Busch: Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst

Jörg Wiedemuth: Eine neue arbeitszeitpolitische Erzählung

Mit Beiträgen u.a. von

Ursula Stöger/Dieter Sauer u.a., Mary Kaldor/Luke Cooper u.a., Klaus Busch, Wolf v. Matzenau, Richard Gebhardt, Hartmut Reiners, Tom Strohschneider

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Instabile Stabilität



Die Präsidentschaftswahlen zeigen zweierlei: die Unfähigkeit der oppositionellen Gruppen, eine Alternative zu der mit Wladimir Putin verbundenen Form von Herrschaft zu entwickeln, und die Konsolidierung einer Staatlichkeit, die auf ganz eigene Weise offen einen staatsmonopolistischen Charakter zur Schau stellt. ...

Stopp rechter Gewalt



Ein Jahr nach Beginn des Prozesses beim Oberlandesgericht Dresden, wurde das Urteil gegen die Mitglieder der »Gruppe Freital« gesprochen: Die Angeklagten wurden unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes, Sprengstoffexplosionen und gefährlicher Körperverletzung schuldig gesprochen. ...

Soziale Mindestsicherung



Die große Koalition war noch nicht im Amt, da ist eine heftige Debatte über Armut ausgebrochen. Auslöser war die Essener Tafel, die Menschen ohne deutschen Pass nicht mehr aufnehmen wollte. ...

Blau als neues Rot?

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller
Arbeitsweltliche Zuspitung – Rechtspopulismus im Betrieb 2
Tom Stroh Schneider: Warum die Wut in den Betrieben nicht die Linken stärkt ... 5

Europa & Amerika

Klaus Busch: Wahlen in Italien – Menetekel für die Europäische Union 7
Heinz Bierbaum: Europäische Linke:
Zwischen Kooperation & Fragmentierung 12
Hinrich Kuhls: Pulverfass Nordirland 15
Luke Cooper/Mary Kaldor/Niccolò Milanese/John Palmer: Jeremy Corbyn,
die Reform der EU und die Erneuerung der Sozialdemokratie 20
Joachim Bischoff: Donald Trump – Über einen Handels- und Währungskrieg
zur Rezession? 26

Forum Gewerkschaften

Günter Busch: Nur weiter so?
Tarifrunde öffentlicher Dienst 32
Jörg Wiedemuth:
Umrisse einer neuen arbeitszeitpolitischen Erzählung 35
Otto König/Richard Detje: Schutz vor Lohndumping? Reform der EU-
Entsenderichtlinie: »gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am selben Ort« 39

Groko 3.0: Richtungskämpfe

Richard Gebhardt: Seehofers Heimat oder: Wie »konservativ« ist die Union? ... 42
Hartmut Reiners: Bürgerversicherung –
das Einfache, das so schwer zu machen ist 49

Wie sammelt sich die Linke?

Wolf von Matzenau: SPD – Erneuerung jetzt! 54
Erhard Korn: Wider die bonapartistische Versuchung.
Linker Populismus, linke Sammlungsbewegung. Ein Diskussionsbeitrag 59
Alban Werner: Ein Buch als »Kritik im Handgemenge« »Linkspopulär« –
Christoph Nölkes Beitrag zum politischen Richtungsdisput 63
Joachim Bischoff: Gleiches Recht für alle
(zu Robert Allertz über Hans Modrow) 67

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 65
Veranstaltungen & Tipps 68
Klaus Schneider: Lucky (Filmkritik) 69

Supplement

Peter Brandt

»Trotzkismus« in Deutschland

Internationaler Kontext und historischer Abriss

Arbeitsweltliche Zuspitzung – Rechtspopulismus im Betrieb

von ■ Dieter Sauer, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller



AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017 (Foto: dpa)

Die Betriebsratswahlen laufen – noch bis Ende Mai wählen die Beschäftigten ihre betrieblichen Interessenvertreter*innen. Diese Wahlen sind ein Indikator für die Stimmung in den Unternehmen und im Land. Weil die rechte Gruppierung »Zentrum Automobil« erstmals in mehreren Betrieben antrat, wurde darüber spekuliert, ob ein Rechtsruck in den Betrieben bevorstehe. Soviel lässt sich bereits sagen: Das ist nicht der Fall.

Insgesamt errang das »Zentrum« bislang in sechs Standorten 19 Betriebsrats-Sitze – von insgesamt etwa 180.000. Im Verhältnis zu den Sitzen, die die IG Metall erreichen konnte, ist das eine verschwindende Minderheit, die in der täglichen Arbeit kaum eine Rolle spielen wird.

Dennoch stellt »Zentrum«-Chef Oliver Hilburger das Ergebnis als Erfolg dar. Nicht Durchbruch auf breiterer Front war das Ziel, sondern »Leuchttürme« zu schaffen, Referenzpunkte, die signalisieren, dass man den »Kampf

um die Köpfe« auch in der Arbeitswelt aufgenommen hat.

Die meisten Stimmen bekam das »Zentrum« am BMW-Standort in Leipzig (11%) und im Daimler-Werk Untertürkheim (13%), in dem auch Oliver Hilburger kandidierte. Die Ergebnisse entsprechen in etwa dem Prozentsatz, den die rechtspopulistische AfD bei der Bundestagswahl 2017 erreicht hatte (12,6%). In den Daimler-Werken Rastatt und Sindelfingen blieb das »Zentrum« dagegen deutlich im einstelligen Prozentbereich – wie auch bei Porsche in Leipzig und Opel in Rüsselsheim.

Aber auch wenn der Einfluss der rechten Gruppen in den Betriebsräten künftig eher gering sein wird, stehen die Gewerkschaften vor einer Herausforderung. Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtes bis rechtsextrêmes Gedankengut schließen sich schon lange nicht mehr aus. Bei der Bundestagswahl wählten 15% der Gewerkschaftsmitglieder die AfD – ein höherer Prozentsatz, als die Partei insgesamt erhielt.

Wie kann das sein? »Nicht jeder AfD-Sympathisant ist rechts«, sagt der DGB-Vorsitzende von Baden-Württemberg Martin Kunzmann. Er bezeichnet die Drift nach rechts als »Spiegelbild der Gesellschaft«. Viele Leute hätten Sorgen, die man ernst nehmen müsse. »Drei Millionen Beschäftigte haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag.« Prekäre Beschäftigung sei eine Angriffsfläche. Auch in der reichen Region Stuttgart gebe es »einige Themen mit Sprengstoff« – zum Beispiel Hartz IV und die Wohnungsnot.

Den arbeitsweltlichen Nährboden dieser Herausforderungen zu untersuchen, war eine Intention der Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften«, deren Ergebnisse die Autor*innen hier in Kurzform vorstellen. Zudem dokumentieren wir in gekürzter Fassung den Bericht von Tom Strohschneider über die Vorstellung der Studie am 15. März 2018 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Nicht nur in der Zivilgesellschaft, auch in der Arbeitswelt findet der Rechtspopulismus einen Nährboden. Unsere Untersuchung liefert ein differenziertes Bild über den »Auftritt« des Rechtspopulismus in den Betrieben. Es reicht von der vorsichtigen Äußerung von Befürchtungen und Ängsten gegenüber Geflüchteten über deutlich fremdenfeindliche und rassistische Statements im Betrieb oder in den sozialen Medien bis zu offenen AfD-Aktivitäten und zur Infiltration der betrieblichen Interessenvertretung.

Durchgängig ist von einer »Klimaveränderung« die Rede, die mit der Fluchtbewegung 2015 einsetzt. Sie wirkt als Katalysator. Die große Zahl der Zufluchtsuchenden wie auch der offen zutage tretende Verlust der staatlichen Steuerung der Flüchtlingsströme aktiviert und verstärkt Ängste und Ressentiments. Die immense Wut, die wir schon in unseren früheren Untersuchungen zum Krisenbewusstsein vorgefunden haben,² spitzt sich vor dem Hintergrund weiter zunehmenden Arbeitsleids und verschärfter Verteilungsauseinandersetzungen weiter zu. Mit den Flüchtlingen haben Teile der Belegschaften einen Sündenbock für die eigenen sozialen Nöte und Ängste gefunden.

Was an rechter Orientierung bei manchen schon immer vorhanden war, wird jetzt offener gezeigt und ausgesprochen. Die Aussagen gegenüber den Geflüchteten folgen meist einer einfachen Argumentation: »Die nehmen uns was weg.« In dieser fremdenfeindlichen Haltung wird ein Alltagsrassismus sichtbar, bei dem die Übergänge von provokanten, aber nicht fest im rechten Ressentiment verankerten Äußerungen bis zu verbalen rechtsradikalen Stigmatisierungen und Ausgrenzungen fließend sind.

Mehrere Vermittlungsschritte

Der Zusammenhang von betrieblichen Verhältnissen und politischen Orientierungen ist kein unmittelbarer, sondern erfolgt über mehrere Vermittlungsschritte. Und natürlich gibt es auch keine zwangsläufige Verbindung zwischen arbeitsweltlichen Verhältnissen und rechten Orientierungen. Ausgangspunkt der Erzählungen der befragten

Kolleg*innen ist zumeist eine Schilderung der betrieblichen Lage und der konkreten Arbeitsbedingungen. In der Regel ist von Verschlechterung die Rede. Referenzpunkt ist dabei nicht eine Situation, in der pauschal »früher alles besser war«, sondern die Erfahrung andauernder Umwälzungen. Als »krisenhaft« werden der fortwährende Arbeitsdruck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen verstanden. Als verursachender Hintergrund wird auf die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb verwiesen: Aufspaltungen, Verlagerungen, Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogramme, zunehmender Leistungsdruck und vieles andere mehr.

Diese Einschätzungen haben wir schon in unseren beiden Studien von 2011 und 2013 vorgefunden, in denen die Konsequenzen dieses »Dauerzustands von Krise« für die Beschäftigten einschneidender erlebt wurden als die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise 2008/09. Aus der Erfahrung einer fortwährenden Bedrohung durch permanente Reorganisation erwächst subjektiv eine gesteigerte Unsicherheit und Unzufriedenheit, die vielfach in Wut oder Resignation mündet.

Zuspitzung

Wir haben den Eindruck, dass sich seit unseren Krisen-Untersuchungen die Verhältnisse in den Betrieben noch weiter zugespitzt haben. Das Leben in den Betrieben heute kennt keine Ruhephasen mehr. Zwar sind Klagen über steigenden Arbeitsdruck nicht neu, denn Rationalisierung, die Steigerung betrieblicher Effizienz, gehört zum betrieblichen Alltag. Aber es ist eine neue Qualität der Leistungspolitik im Überlastbereich verbunden mit teilweiser Hyperflexibilisierung sichtbar. Auch nach Überwindung der Depression der Finanzmärkte werden Reorganisationsprozesse vorangetrieben, die – wie beim Profit-Center-Konzept von Siemens – Standortschließungen, Arbeitsplatzabbau, Leistungsverdichtung und Prekariarisierungsstrategien weiter vorantreiben.

Hinzu kommt der neoliberale Umbau der Sozialsysteme, der Arbeits-

und Beschäftigungsverhältnisse entschert. »Krise ist immer« heißt deswegen nicht nur Unsicherheit, Anspannung und Überforderung, sondern es entsteht zumindest in Teilen der Belegschaften auch eine Abwärtsspirale der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Die offiziellen Darstellungen der deutschen Erfolgsökonomie zeichnen eine andere Welt, in der es um Wachstum, Wohlstand, Arbeitsmarkt besser bestellt sei denn je und in der Abstiegssängste verblasen. Die Diskrepanz zwischen den offiziellen Huldigungen und den Schilderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse aus dem betrieblichen Shopfloor ist größer geworden.

Reorganisation mit hohem Tempo

Wir sprechen von arbeitsweltlicher Zuspitzung. Neben marktgesteuerten Restrukturierungsprozessen, die schon länger wirken, aber an Intensität und Reichweite zugenommen haben, treten Digitalisierung, Dekarbonisierung, neue Wertschöpfungsketten und weiter vorangetriebene Globalisierung, die das Tempo der Reorganisation erhöhen.

Unsere Zuspitzungsthese beschreibt also nicht nur ein leistungspolitisches Regime im Überlastbereich, sondern in der weiteren Perspektive arbeitsgesellschaftliche Verhältnisse, deren Ordnungs- und Orientierungsrahmen

Dieter Sauer und Ursula Stöger arbeiten im Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF), Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller sind unter anderem in der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V. (WISSENTTransfer) sowie in der Redaktion *Sozialismus* aktiv. Diese Zusammenfassung erschien zuerst in der März-Ausgabe 2018 von OXI.

¹ Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018; die Studie wurde finanziell unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog.

² Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen. Hamburg 2011; Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer/Joachim Bischoff: Krisenerfahrungen und Politik. Ein Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat. Hamburg 2013.

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/
Richard Detje/Bernhard Müller

Rechtspopulismus und Gewerkschaften



VSA:
Eine arbeitsweltliche
Spurensuche

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/
Richard Detje/Bernhard Müller

Rechtspopulismus und Gewerkschaften

Eine arbeitsweltliche Spurensuche

216 Seiten | € 14,80

ISBN 978-3-89965-830-9

Rechtspopulisten erzielen unter Gewerkschaftsmitgliedern zum Teil überdurchschnittliche Erfolge. Was sind die Hintergründe?

Rechte Ressentiments schwappen nicht nur von außen, aus den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und der Politik in die Betriebe und Unternehmen hinein, sondern haben einen arbeitsweltlichen Nährboden – das ist das zentrale Ergebnis der vorliegenden Untersuchung. In der Befragung von Beschäftigten aus Industrie und Dienstleistungen sowie Expert*innen aus Gewerkschaften kommt zum Vorschein, in welchem Maße rechtspopulistische Anschauungen, Äußerungen und Aktivitäten in der Arbeitswelt anzutreffen sind. Dort haben sich – gleichsam unter der Decke einer vielgelobten Erfolgsökonomie – die Verhältnisse zugespitzt. Daraus resultieren Kontroll- und Perspektivverluste. Politische Lösungsangebote sind rar. Wachsende Establishmentkritik ist die Folge. Die Entdiabolisierung der extremen Rechten schreitet voran. Neben der Gegenwehr einer wachen und aktiven Zivilgesellschaft wird demokratische Arbeitspolitik zu einer wichtigen Ressource gegen weitere Geländegewinne des Rechtspopulismus.

Im Buchhandel oder unter

www.vsa-verlag.de

gleichsam aus den Fugen geraten. Sicherlich gehört zur Zuspitzung die fortgeschrittene Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, aber ebenso das, was in scheinbar gesicherten Stammbesoldungen als Anerkennungsverluste und Würdeverletzungen erfahren wird. Mann/Frau soll Höchstleistung erbringen, macht aber zugleich die Erfahrung, dass Arbeit nicht mehr wertgeschätzt wird. Abstiegsorgen, Kontroll- und Perspektivverluste sind die Folgen.

Es sind – so unser Befund – nicht nur soziale Pathologien und gesellschaftliche Instabilität, die zu einer Verbreitung rechtspopulistischer und -extremer Einstellungen führen, sondern es gibt dafür auch einen arbeitsweltlichen Nährboden.

Neuer Ordnungsrahmen imaginiert

Der Rechtspopulismus kommt hier als Sicherheits- und Ordnungsversprechen ins Spiel («Mauer», «Schutzwall»). Durch Abschottung wird gleichsam ein neuer Ordnungsrahmen imaginiert, der eine Perspektivveränderung beinhaltet: von der vertikalen Ebene des Kapital-Arbeit-Gegensatzes zu einer horizontalen Ebene des Insider-Outsider-Gegensatzes, »wir« gegen die »anderen«.

Der Neoliberalismus hatte noch das Versprechen des Kapitalismus als soziale Utopie reaktiviert: »Leistung muss sich wieder lohnen« – »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Doch wo selbst enorme Bildungsanstrengungen, Arbeitsleistung und Flexibilität, also fortschreitende Selbstoptimierung, kein gesichertes Vorankommen mehr versprechen, kommt die individuelle Gestaltung nicht mehr von Fleck. Das Versprechen des Neoliberalismus, die gesellschaftlichen Bande zu kappen und das Individuum ins Zentrum zu stellen – die »Utopie« des Kapitalismus im Sinne Margaret Thatchers –, verheißt keine Zukunft mehr.

Der Rechtspopulismus ist eine Gegenbewegung, nicht, wie mitunter mit Blick auf Programmfragmente der AfD geschlossen wird, ein Neoliberalismus in neuem Gewand. Er transportiert keine soziale Utopie der vereinzelt Einzelnen, sondern schöpft seine Kraft aus neuen Kollektividentitäten.

In strukturschwachen Regionen der ostdeutschen Bundesländer findet massive Problemerkumulation statt. Die Probleme schlagen stärker auf, sei es, dass die Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust höher ist oder dass fehlende Tarifbindung in vielen Betrieben nochmals verschlechterte Arbeitsbedingungen zur Folge hat.

Spezifische Ausprägung in Ostdeutschland

Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit haben in Ostdeutschland eine spezifische Ausprägung: Die Nach-Wende-Zeit war geprägt durch Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, massive Abwanderung und die Ausdünnung ganzer Landesteile. Dies ging einher mit der massiven Abwertung von Biografien und Lebensleistungen. Die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes und die massive Ausbreitung prekärer Beschäftigung haben diese Situation noch einmal deutlich verschärft.

Bei den Befragten aus den neuen Bundesländern wird eine besondere Dimension einer subjektiv empfundenen Selbstwertverletzung sichtbar. Hinzu kommt, dass sie sich durch die Politik nicht unterstützt fühlen und Gleichgültigkeit gegenüber ihren Problemen beklagen. Sich radikalisierte Establishmentkritik von rechts ist die Folge.

Gegenwehr gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sollte zu einer tiefer gehenden Auseinandersetzung mit den Zumutungen des Marktes führen. Dabei sind Gewerkschaften in doppelter Weise gefordert: Stärkung von Organisationsmacht und politischem Mandat auf der einen Seite und eine arbeitspolitische Neuausrichtung auf der anderen.

Es geht darum, Gewerkschaften als Schutzmacht für alle Gruppen der Lohnabhängigen – Beschäftigte, Arbeitslose, Prekäre, Migrant*innen etc. – zu stärken und damit ein »Gegengift« herzustellen gegen das mit Ressentiments unterlegte Sicherheitsversprechen der Rechten. Darin ist bereits angelegt: Solidarität in der Klasse erfahrbar machen – gegen Stigmatisierung, Abwertung, Rassismus und Ausgrenzung.

Warum die Wut in den Betrieben nicht die Linken stärkt

von ■ Tom Strohschneider

Anlässlich der Vorstellung ihrer Studie haben Ursula Stöger und Joachim Bischoff die Kernfragen, wichtige Antworten und einige daran anschließende politische Überlegungen präsentiert – es geht im Grunde darum, Solidarität in der Klasse, also in betrieblichen und mit der Lohnarbeit verknüpften Angelegenheiten wieder erfahrbar zu machen. Was an betrieblicher Zuspitzung, an Druck und Veränderungsdrohung seit Jahren auf die Beschäftigten wirkt, dort wie eine allgemeine Entsicherung von Lebenskontrolle wirkt, hat sich – von einem Katalysator, einem »i-Punkt« war die Rede – im Zuge des zur Flüchtlingskrise stilisierten Zuzugs von Asylsuchenden kanalisiert, auch »normalisiert« und wurde dabei medial-politisch auch verstärkt.

Das ist ein weites Feld, und die qualitativen Befragungen können dieses auch nicht vollständig oder ausreichend ausmessen. Sie geben aber wichtige Hinweise darauf,

was sich mindestens ändern müsste, damit die Kritik an den herrschenden Verhältnissen nicht von rechts aufgegriffen, ethnisiert und zu einem auf nationalistischen Wir-Konstruktionen beruhenden Ausschlussdenken radikalisiert wird. Das zielt natürlich auf die Arbeitsbeziehungen selbst, auf die kollektive Bearbeitung des Arbeit-Kapital-Widerspruchs und so fort.

Außerdem wurden bei der Vorstellung zwei Punkte genannt, die den Fokus auf politische Akteure legen: Erstens die gefühlte »Sprachlosigkeit«, wenn es um linke Sichten, um deutliche Systemkritik geht – etwas, was Gewerkschaften nicht mehr tun oder es wird ihnen nach Jahrzehnten des Co-Managements nicht mehr geglaubt. Gewerkschaften werden oft als Reparaturkolonnen angesehen, die in der Defensive stehen, neue »Angriffe« auf Lebensführung, Berufsrollen, Arbeitsbiografien, Leistungsvermögen, Primärverteilung abzuwehren versuchen –

aber nur selten eine Antwort darauf geben, wie es denn »im Großen und Ganzen (wieder) anders werden kann«.

Ein zweiter Punkt zielt auf die über den betrieblichen Raum hinausgehende Desillusionierung, was die »sozialdemokratische Matrix« angeht: Man sieht in linken Parteien immer öfter nicht mehr die Kräfte, die durch ihre Politik einen Beitrag zur »Rückerglangung der Kontrolle über das eigene Leben« leisten. Dieser Vertrauensverlust betrifft zuvörderst die SPD: »Besonders tief sitzt die Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die sich von ihrem Anspruch, Interessenvertreterin der Lohnabhängigen zu sein, vollständig verabschiedet habe – und das nicht erst seit heute«, heißt es in der Studie

Tom Strohschneider ist Redakteur von OXI, der hier leicht gekürzte Bericht erschien am 15.3.2018 auf der Website des Projektes: oxiblog.de/rechtspopulismus-betriebe-afd-linkspartei-spd-studie-vsa-verlag-stoeger-bischoff/.



AFD-Plakat zur Bundestagswahl 2017 (Foto: dpa/Revierfoto)

– die dies mit Zitaten aus den Gesprächen mit Gewerkschaftsmitgliedern, Vertrauensleuten und (zumeist gewerkschaftlich organisierten) Betriebsräten unterlegt. »Die haben ja eigentlich eher für den Einzelnen es schlechter gemacht und schwerer. Also allein schon diese Agenda 2010 hat ja viele Arbeitnehmer schlechter gestellt«, heißt es da unter anderem.

Eine andere Gesprächspartnerin sagt: »Also wenn ich von mir persönlich ausgehen kann, dann würde ich sagen, ich bin auch wütend, weil ich auch politisch immer aktiv war. Ich sage mal, mein Vater hat schon im Stahl gearbeitet, da war das klar, da warst du in der Gewerkschaft und hast die SPD gewählt, weil das war die Arbeiterpartei. So, und dann war ich in der Gewerkschaft und ich war Betriebsrätin und ich war in der SPD und irgendwann habe ich gemerkt, also das ist jetzt nicht mehr die Arbeiterpartei. Und habe mich auch an allen möglichen Diskussionen beteiligt. Dann war es soweit, dass man mir gesagt hat, ich gehöre eigentlich nicht mehr dahin. Da habe ich gesagt, okay, das sehe ich auch so. Und habe mich dann davon abgewandt.«

Ein anderer Kollege wird mit den Worten zitiert: »Es gibt Leute, die kommen nie auf einen grünen Zweig, obwohl sie jeden Tag gearbeitet haben, und das macht mich wü-

tend. Und das ist sicher auch der Nährboden, auf dem Pegida grast.« Zudem habe sich bei der Untersuchung gezeigt, dass hier eine Elitenkritik anschließt, die sich gegen »die da oben« und die etablierten Parteien richtet – und mit einem Verständnis einhergeht, dass die Leute aus Protest AfD wählen.

Warum aber richtet sich dieser Protest nicht nach links? Warum setzen von der SPD Enttäuschte nicht auf die Linkspartei? Hierzu hat die Studie ebenfalls interessante Beobachtungen gemacht: »Überwiegend wird von den von uns Befragten die Partei DIE LINKE eher nicht als Alternative wahrgenommen, weil die Befragten Zweifel daran haben, dass sie ernsthaft für ein Bündnis mit einem entsprechenden Programm im Alltag spürbarer Veränderungen stehe, und meinen, dass sie dafür auch keine Machtperspektive aufweise.« Die Autorinnen und Autoren der Studie kommen weiter zu dem Schluss, die Linkspartei habe »zwar ein klar ausgewiesenes sozialpolitisches Profil, das sie attraktiv für die Lohnabhängigen macht, sie wird aber in anderen Bereichen als nicht konsensfähig angesehen, so etwa mit ihren außenpolitischen Positionen«. Auch dies wird mit Beispielen aus den Gesprächsprotokollen unterlegt:

»Also jetzt rein für Arbeitnehmerrechte, da würde man sagen, müsste ich die Linke

wählen. Da gibt es aber andere Sachen ... wie jetzt NATO und solche gesellschaftspolitischen Geschichten, wo ich dann sage, also nein, da komme ich nicht ran (...) geht nicht wirklich«, so hat es eine der Befragten formuliert. Ein anderer kleidet es in eine Frage: »Warum die Linken nicht mal irgendwo versuchen, sich anzupassen in einigen Punkten, wählbarer zu werden, weiß ich nicht«, wobei dies auch mit der – für die Befragten nicht erklärbaren – Nichtwahl der Linkspartei verbunden wird: »Wenn mir einer sagt, wenn du mich wählst, bekommst du 20 Prozent Lohnzuwachs, dann würde ich die doch wählen!«, so einer der Befragten mit Blick auf die Mindestlohnforderung der Partei. »Aber warum können die es nicht vermitteln?«

Generell, so Stöger und Bischoff bei der Vorstellung, sei auffällig, wie wenig die Linkspartei in den Gesprächsrunden überhaupt als Thema, als Akteur vorkam. Die Studie hatte nicht das Ziel, zur Verankerung der Linkspartei im betrieblichen Alltag oder zum Wahlverhalten von Beschäftigten und Gewerkschaftern Aussagen zu treffen. Aber gerade deshalb könnte man den Befund – dass diese Partei in Gesprächen nur selten spontan angesprochen wird – als ziemlich aussagekräftig ansehen.

Fulminanter Start von Merkels dritter GroKo!



»eine ganz lange Phase ohne neue Schulden« angekündigt hat – dabei großzügig auf eine Vermögensteuer, zeitgemäße Erbschaftsteuer, höhere Kapitalertragsteuer, Reichensteuer usw. verzichtend. Sozialzynismus, Kontrollverlust, Ressentiment, weiter so à la Schäuble – genügend Arbeit für Sozialismus.de!

Dafür bitten wir um kleine und gerne auch etwas größere Spenden auf das Konto
Richard Detje-Euscher, IBAN: DE28200505501268120977 | BIC: HASPDEHHXXX

Mit einem Gesundheitsminister, für den Hartz IV »aktive Armutsbekämpfung« ist; mit einem Arbeits- und Sozialminister, von dem man gerne wüsste, wie er die systematische Umgehung des gesetzlichen Mindestlohns unterbindet (entgangene Einnahmen pro Jahr: 10 Milliarden); mit einem Heimatminister, dessen »Masterplan« für »konsequentere Abschiebungen« wohl gleich auch den Islam (»gehört nicht zu Deutschland«) ausbürgern soll, und einem Finanzminister, der als »Anwalt der schwarzen Null« gleich am ersten Arbeitstag

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de